



**N I E D E R S C H R I F T**

**18. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für  
Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt  
Luckenwalde – Wahlperiode 2014 - 2019**

**Sitzungstermin:** Dienstag, 11.10.2016  
**Sitzungsbeginn:** 18:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:21 Uhr  
**Sitzungsort:** Stadt Luckenwalde, Markt 10, Sitzungssaal, 14943  
Luckenwalde

**Anwesend:**

**Vorsitzender-**

Herr Jochen Neumann

**Mitglieder-**

Herr Jens Bärman

ab 18:31 Uhr

Herr Peter Gruschka

bis 20:15 Uhr

Frau Evelin Kiersch

Herr Andreas Krüger

Herr Dietrich Maetz

Herr Gerhard Maetz

Herr Erik Scheidler

Herr Hans-Dietmar Seiler

Herr Michael Wessel

**Sachkundige Einwohner-**

Herr Ralf Eyssen

Herr Ralf Lindner

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

**Verwaltung-**

Herr Peter Mann

Herr Ingo Reinelt

Herr Jürgen Schmeier

Herr Dirk Ullrich

**Gast-**

Herr Stefan Drees

Fedderson Architekten

Frau Ailine Lehmann

DRK Kreisverband Fläming-Spreewald

**Schriftführerin-**

Frau Sonja Dirauf

## Tagesordnung:

### I. ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 06.09.2016
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Beschlussvorlage
- 5.1. Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 36/2010 "Berkenbrücker Chaussee Heizwerk" B-6229/2016
6. Sitzungstermine 2017
7. Anfragen von Ausschussmitgliedern
- 7.1. Sorge wegen Regen-Rückstau aufgrund verstärkter Regenfälle F-6056/2016
- 7.2. Anfrage zum Zustand der Bahnhofs- und Poststraße
8. Informationen der Verwaltung
- 8.1. Vorstellung des Planungskonzeptes für das Grundstück Beelitzer Straße 25
- 8.2. Strategie und Stand der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

### II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

10. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 06.09.2016
11. Feststellung der Tagesordnung
12. Beschlussvorlagen
- 12.1. Verkauf Grundstück in Luckenwalde, Birkenstraße 61, Flur 12, Flurstück 281/1 B-6214/2016
- 12.2. Verkauf des Grundstücks Dämmchenweg, Flur 21, Flurstücke 497, 498 und 609 B-6215/2016

- |       |  |             |
|-------|--|-------------|
| 12.3. | Verkauf Erbbaugrundstück in Luckenwalde, Auf dem Sande 51, Gemarkung Luckenwalde, Flur 21, Flurstück 64  | B-6216/2016 |
| 12.4. | Verkauf des Grundstücks Beelitzer Str. 25, Flur 5, Flurstück 473 + Teilfläche des Flurstücks 474 in Größe von ca. 200 m <sup>2</sup>                     | B-6227/2016 |
| 12.5. | Verkauf von Teilflächen der Grundstücke in Luckenwalde, Frohe Zukunft, Flur 10, Flurstücke 23/4, 23/5 und 23/6 in Größe von ca. 326 m <sup>2</sup>       | B-6217/2016 |
| 12.6. | Verkauf von Teilflächen der Grundstücke in Luckenwalde, Frohe Zukunft, Flur 10, Flurstücke 21/4, 22/1, 23/5 und 23/6 in Größe von ca. 216 m <sup>2</sup> | B-6218/2016 |
| 13.   | Anfragen von Ausschussmitgliedern  |             |
| 14.   | Informationen der Verwaltung   |             |
| 15.   | Informationen des Ausschussvorsitzenden  |             |

## **I. Öffentlicher Teil**

### **TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

**Herr Neumann** eröffnet die 18. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind neun Mitglieder anwesend.

### **TOP 2. Einwohnerfragestunde**

Herr Bärman erscheint zur Sitzung.

**Frau Schwert** fragt als Anwohnerin der Poststraße, ob es auf Grund des erhöhten Lärms geplant ist, die Straße auszubessern oder die Höchstgeschwindigkeit dort zu verringern. Die Straße sei so schlecht, dass man darauf nicht mehr mit dem Fahrrad fahren könne.

**Herr Schmeier** erinnert daran, dass die Oberflächenbehandlung wegen der Risse in der Fahrbahn vorgenommen werden musste. Dadurch sind die Fahrgeräusche lauter geworden, was sich aber noch durch einen Poliereffekt abschwächen wird. Es wurde beantragt, die Poststraße sowie Puschkin- und Käthe-Kollwitz-Straße in eine Zone 30 zu verwandeln bzw. gegebenenfalls nur die Poststraße mit einer maximal zulässigen Geschwindigkeit von 30 km/h zu beschildern. Durch die Geschwindigkeitsverringerung wird sich auch der Lärm vermindern. Verkehrsdaten haben ergeben, dass 85 Prozent der Fahrzeugführer dort 39 km/h fahren, obwohl bislang 50 km/h erlaubt sind. Die Reduzierung auf 30 km/h wird den Lärm um 2db verringern.

**Frau Schwert** berichtet, dass sie in der neuen Fahrbahn Risse und Unebenheiten bemerkt hat. Sie fragt, ob die Sanierung zufriedenstellend verlaufen sei.

**Herr Schmeier** antwortet, dass dort gegenwärtig keine Risse mehr vorhanden sein sollten. Durch das Lenken auf der Stelle haben sich in Einmündungsbereichen leichte Abdrücke ergeben und man kann die Bahn der Sprühdüsen zum Teil noch erkennen, weil das Material nicht richtig verlaufen ist. Dennoch ist der Belag nicht so schlecht, dass es gerechtfertigt wäre, ihn zu entfernen und zu erneuern.

**TOP 3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 06.09.2016**

keine

**TOP 4. Feststellung der Tagesordnung**

**Herr Neumann** schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 8.1 „Vorstellung des Planungskonzeptes für das Grundstück Beelitzer Straße 25“ vorzuziehen.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung bestätigt.

**TOP 5. Vorstellung des Planungskonzeptes für das Grundstück Beelitzer Straße 25**

**Frau Lehmann** stellt die DRK-Tagespflege mit integrierter Hauskrankenpflege vor (Anlage).

**Herr Drees** erläutert die Pläne zum Vorhaben.

**Herr Bärmann** zweifelt daran, ob der Gewerbehof der passende Standort für dieses Vorhaben ist. Eigentlich habe man diese Flächen für Gewerbe vorhalten wollen. Das Grundstück Käthe-Kollwitz-Straße 1-3 sei doch für so ein Projekt vorgesehen gewesen.

**Herr Mann** antwortet, dass im Vorfeld alternative Flächen und Bestandsgebäude geprüft wurden. Die Fläche in der Käthe-Kollwitz-Straße ist dafür zu groß und für ein Pflegeheim oder betreutes Wohnen vorgesehen. Den jetzt vorgesehen Standort hält er für sehr geeignet. Die Fläche sollte schon einmal für eine Physiotherapie-Nutzung veräußert werden; der Verkauf kam jedoch nicht zustande. Das Vorhaben sieht er als Chance, die Weiterentwicklung des Krankenhauses voran zu treiben, da dort Räume frei werden würden. Da Gesundheitswirtschaft ein wichtiger Branchenschwerpunkt ist, hält er das Vorhaben nicht für einen Widerspruch zu den Zielen bezüglich des Gewerbehofes. Außerdem könne eine Lücke geschlossen und damit ein städtebaulicher Missstand beseitigt werden. Für die Fläche hatten sich auch Autoteilehändler interessiert. Im Gegensatz dazu glaubt er an eine hochwertige Umsetzung des Vorhabens durch die Architekten.

**Herr Gruschka** findet die Anbindung an den ÖPNV nicht optimal.

**Frau Lehmann** gibt zu bedenken, dass die zu Betreuenden mit dem Fahrdienst abgeholt werden.

**Herr Scheidler** unterstützt das Vorhaben und betont den Bedarf in Luckenwalde. Das Vorhaben sei dem Umfeld zuträglich. Er macht sich jedoch Sorgen um die Zukunft der

anderen Gebäude des Gewerbehofes, wenn dort in einigen Jahren die jetzigen Nutzer ausziehen werden. Er regt an, die weitere Perspektive im Ausschuss zu thematisieren.

**Herr Mann** bestätigt, dass die Verwaltung dieses Problem im Blick hat. Er ergänzt, dass das zu veräußernde Grundstück nur ein Bruchstück des gewerblichen Potenzials des Gewerbehofes darstellt.

Auf Nachfrage von **Frau Kierschk** bestätigt **Frau Lehmann**, dass sich in den vergangenen Jahren die gesetzlichen Bestimmungen zu Tagespflegeeinrichtungen und damit deren Wirtschaftlichkeit verändert haben. Die Nachfrage für die Einrichtung sei vorhanden.

**TOP 6. Beschlussvorlage**

**TOP 6.1. Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 36/2010 B-6229/2016  
"Berkenbrücker Chaussee Heizwerk"**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Über die im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen und Bedenken wird unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander entsprechend der Anlage 1 beschlossen.
2. Das Ergebnis der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wird zur Kenntnis genommen.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 36/2010 „Berkenbrücker Chaussee Heizwerk“ (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden entsprechend den zu berücksichtigenden Änderungen und Ergänzungen korrigiert und in der vorliegenden Fassung gebilligt.
4. Der Bebauungsplan Nr. 36/2010 „Berkenbrücker Chaussee Heizwerk“ wird mit den oben aufgeführten Änderungen in der vorliegenden Fassung nach § 10 BauGB in Verbindung mit § 87 BbgBO und § 28 Abs. 2 Nr. 9 BbgKVerf als Satzung beschlossen.
5. Der Flächennutzungsplan der Stadt Luckenwalde wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst (Anlage 4).

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0  
**Zustimmung empfohlen**

**TOP 7. Sitzungstermine 2017**

Die Ausschussmitglieder sind mit den Sitzungsterminen 2017 einverstanden.

Frau Lehmann und Herr Drees verlassen die Sitzung.

**TOP 8. Anfragen von Ausschussmitgliedern**

**TOP 8.1. Sorge wegen Regen-Rückstau aufgrund verstärkter F-6056/2016  
Regenfälle**

Die Antworten von **Herrn Schmeier** können der Vorlage F-6056/2016 entnommen werden.

**Herr Ullrich** ergänzt, dass mit dem derzeitigen Zustand 7,5 Minuten starker Regen nicht aufgefangen werden kann, weil die Kanäle schon voll sind.

**Herr Krüger** lobt die interessante Auflistung der durchschnittlichen Regenmengen pro Jahr. Er bittet darum, auch den Verlauf innerhalb der Jahre darzustellen, um die Spitzen feststellen zu können und bei welchen Regenmengen die Überschwemmungsprobleme auftreten. Daraus müsse man schlussfolgern, ob die Bemühungen und Maßnahmen ausreichen werden bzw. was die nächsten Schritte sein könnten.

**Herr Schmeier** informiert, dass täglich die Regenwassermengen gemessen und dokumentiert werden.

**Herr Eyssen** sagt, dass die Kreisverwaltung Bauanträge nicht daraufhin prüfe, wie viele Flächen durch Terrassen, Wege etc. versiegelt werden. Dies sei laut Kreisverwaltung von den Mitarbeitern nicht zu leisten. Er bittet darum, die Kreisverwaltung auf die Wichtigkeit hinzuweisen.

**Herr Gruschka** fragt, ob man eine verbindliche Regelung zur Versiegelung bei privaten Bauvorhaben treffen könne.

**Herr Mann** antwortet, dass das Verbleiben von Niederschlagswasser auf den Grundstücken seit 1992 Planungsziel in allen Bauleitplänen ist. Damit werden die Bauherren in die Pflicht genommen, das Regenwasser so weit möglich auf dem eigenen Grundstück versickern zu lassen. Schwieriger ist es bei unbeplanten Flächen nach § 34 BauGB. Die Bauanträge werden gewissenhaft geprüft, für die Kontrolle der Umsetzung ist jedoch die Untere Bauaufsichtsbehörde zuständig.

Auf Nachfrage von **Herrn Gerhard Maetz** bestätigt **Herr Ullrich**, dass die neue Pumpe in der Lindenstraße den Kanal leer pumpen wird, damit wieder Kapazitäten frei werden. Sobald der Kanal wieder voll läuft, springen die Pumpen wieder an. Ein doppeltes Pumpsystem soll die Funktionsfähigkeit gewährleisten.

## **TOP 8.2.            Anfrage zum Zustand der Bahnhof- und Poststraße**

**Herr Schmeier** beantwortet die Fragen zum Zustand der Bahnhof- und Poststraße, die **Herr Eyssen** schriftlich eingereicht hatte.

*1) Ist der Zustand der o.a. Strassen vor dem Verlegen der Fernwärmeleitung dokumentiert bzw. begutachtet worden?*

**Herr Schmeier** bestätigt dies.

*2) Gab es eine Vereinbarung mit den Stadtwerken Luckenwalde den ursprünglichen Zustand der Strassen wieder herzustellen?*

**Herr Schmeier** informiert, dass darauf immer ein Anspruch besteht.

*3) Anwohnern wurde bei der Baubesprechung angekündigt, dass im Frühjahr 2016 der ursprüngliche Zustand der Strassen wieder hergestellt wird. Die Ausführung der Arbeiten ist teilweise mangelhaft (Unebenheiten) und die Splittoberfläche schreckt Fahrradfahrer ab, die nun auf dem Fuß-/Radweg mit den bekannten Mängeln*

*ausweichen müssen. Die Strassen sind ausgewiesen als Zugang zu der Flämingskate und die nun erreichte Qualität ist u.a. nicht im Einklang mit der anvisierten Zielsetzung der Flämingskate.*

*Wann und warum wurde die Entscheidung für die billige Lösung (Splitt) getroffen?*

**Herr Schmeier** antwortet, dass die Stadtverwaltung bei dieser Baubesprechung nicht anwesend war.

**Herr Ullrich** ergänzt, dass die Flächen wieder mit demselben Material geschlossen werden müssen. Durch die abschnittsweise Öffnung ergeben sich jedoch Unterschiede in der Fahrbahn.

**Herr Schmeier** wiederholt, dass die kostengünstige Lösung gewählt wurde, um die ersten Risse in der zehn Jahre alten Asphaltdeckschicht zu schließen. Die Mittel der Straßenunterhaltung haben die Alternative, das Rausfräsen und Erneuern der Deckschicht, nicht ermöglicht. Dies hätte 15 bis 20 Euro pro Quadratmeter gekostet, wohingegen die gewählte Methode drei bis vier Euro gekostet hat. Ähnliche Oberflächenbehandlungen wurden in der Riedstraße, Schubertstraße, Fontanestraße, Petrikirchstraße und Schützenstraße durchgeführt.

*4) Warum wurden die Anwohner und Hotelbetreiber nicht über die Maßnahme und die damit in Verbindung stehenden kurzfristigen und langfristigen Unannehmlichkeiten informiert?*

**Herr Schmeier** antwortet, dass die Maßnahme in den Sommermonaten durchgeführt wurde, als die ausführende Firma stark ausgelastet war. Um den Bus- und Berufsverkehr nicht einschränken zu müssen, hatte man sich für einen Samstagvormittag entschieden. Da die Umsetzung kurzfristig erfolgen musste, wurde versäumt, die Anwohner mit zeitlichem Vorlauf zu informieren.

*5) Die nun aufgebrachte Splittoberfläche führt zu einer erhöhtem Lärmentwicklung, die in einer innerstädtischen Wohnstrasse mit Hotelbetrieb unbedingt vermieden werden sollte. Ist beabsichtigt weitere Strassen in diesem Verfahren herzurichten?*

**Herr Schmeier** erinnert daran, dass mit dem Straßenverkehrsamt über die Einrichtung einer Zone 30 gesprochen wird. Durch das Befahren wird es zu einer Nachverdichtung und einer Veränderung der Oberflächenstruktur kommen. In Zukunft wird man von der kostengünstigen Lösung Abstand nehmen und weitere Alternativen prüfen.

**Herr Krüger** findet es falsch, aufgrund der schlechten Straßensanierung eine Zone 30 einzurichten. Man müsse an die Verkehrsführung denken und könne nicht andere Straßen zusätzlich belasten.

**Herr Mann** widerspricht dem und erinnert an den Verkehrsentwicklungsplan von 1997, der vorsieht, unter bestimmten Voraussetzungen, wie z. B. der Ortsumfahrung der B 101n, hier eine Zone 30 einzurichten. An diesen Selbstbindungsbeschluss hält sich die Stadt solange kein anderer Beschluss gefasst wird.

**Herr Krüger** ist der Meinung, die derzeit herrschende verkehrliche Situation habe nichts mehr mit dem Zustand von 1997 zu tun. Die Käthe-Kollwitz-Straße zur Zone 30 zu erklären sei sinnvoll. Bei Post- und Puschkinstraße sieht er das jedoch anders.

### **TOP 8.3.            Stau Straße des Friedens**

**Herr Seiler** ist der Meinung, dass das vermehrte Verkehrsaufkommen in der Straße des Friedens aufgrund der Sperrung der B 101n vorhersehbar war. Er fragt, ob der Rückstau dort nicht vermeidbar wäre, wenn man die Ampelphasen an der Kreuzung zur Brandenburger Straße angepasst hätte.

**Herr Ullrich** antwortet, dass es sich bei der Maßnahme an der B 101n um eine notwendige Baustelle des Landesbetriebs Straßenwesen handelt. Vor der Brücke ist ein Schaden entstanden, der zu massiven Beeinträchtigungen führte und die Vollsperrung notwendig machte. Die Anordnung zu Sperrung trifft der Landesbetrieb selbst. Die Stadt kann Hinweise geben, über die sich der Landesbetrieb hinweg setzen kann. Die Maßnahme dauert eine Woche und rechtfertigt keine Umprogrammierung der Ampel, was 5.000 bis 10.000 Euro kosten würde.

#### **TOP 8.4.            Hochwasser**

**Herr Gerhard Maetz** schlägt vor, dass sich der Ausschuss mit dem Hochwasserrisikomanagementplan des Landesumweltamtes beschäftigt.

#### **TOP 8.5.            Neue Feuerwache**

**Herr Scheidler** schlägt für die nächste Sitzung eine Vor-Ort-Begehung der neuen Feuerwache vor. Er möchte sich über den Baustand informieren sowie Probleme im Umfeld thematisieren, wie die Ein- und Ausfahrt der Feuerwehr und die Parkraumsituation in der Dessauer Straße.

#### **TOP 9.                Informationen der Verwaltung**

##### **TOP 9.1.            Strategie und Stand der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik**

Die Antworten von **Herrn Schmeier** können der Vorlage F-6069/2016 entnommen werden.

**Herr Eyssen** fragt, ob man im Hinblick auf Contracting darüber nachgedacht habe, die Umrüstung mit der finanziellen Unterstützung von Unternehmen zu stemmen.

**Herr Ullrich** bestätigt dies. Es ist jedoch nicht empfehlenswert, sich für die nächsten zehn bis 15 Jahre an ein Unternehmen zu binden, da die Stromkosten sich stetig ändern und ein Vertrag sich wirtschaftlich nicht rentiert.

##### **TOP 9.2.            Multi-Energiekraftwerk Sperenberg**

**Herr Mann** als Sprecher der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Multi-Energiekraftwerk Sperenberg informiert über den aktuellen Stand des Projektes. Die Arbeitsgemeinschaft verhandelt seit längerem mit dem Land Brandenburg über die Verfügbarkeit der Flächen. Bislang kam es zu keinem Ergebnis. Solange die grundsätzliche Bereitschaftserklärung des Landes nicht vorliegt, sind keine weiteren Planungsschritte möglich. Die bisherige Regelung behindere die gesamte Entwicklung der Region und das Land gibt jährlich rund 900.000 Euro für Sicherungsmaßnahmen der Fläche aus. Erklärte Ziele der Arbeitsgemeinschaft sind, durch die Erträge diese Aufwendungen zu begleichen und einen innovativen Kraftwerkstandort zu entwickeln. Es wird demnächst ein Abstimmungsgespräch der Arbeitsgemeinschaft mit der Landrätin geben. Planungsrechtlich sieht Herr Mann mehrere



Möglichkeiten. Zum einen könnte eine landesgesetzliche Regelung abweichend vom Raumordnungsgesetz getroffen werden. Des Weiteren wäre ein Zielabweichungsverfahren vom gültigen Regionalplan möglich. Außerdem könnte die Fläche im neuen Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion entsprechend ausgewiesen werden. Letzteres wird in die städtische Stellungnahme einbezogen, über die im Ausschuss informiert wird. Bei Interesse stellt das Stadtplanungsamt den Stadtverordneten den neuen Landesentwicklungsplan zur Verfügung.

## **TOP 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden**

**Herr Neumann** macht erneut aufmerksam auf den schlimmen Zustand des Gebäudes Beelitzer Straße 9. Dieses befindet sich direkt an der meistbefahrenen Straße Luckenwaldes und unmittelbar an einem Geh- und Radweg, der für viele Kinder zum Schulweg gehört. Fotos mit vierwöchigem Abstand zeigen, dass die Löcher im Dach schnell größer werden. Immer wieder rutschen Dachziegel und Mörtelbrocken ab und verfangen sich im Schneefanggitter, das auch keinen stabilen Eindruck macht. Das Material türmt sich dort auf und es sei nur eine Frage der Zeit, bis es aus etwa zwölf Metern Höhe auf den Gehweg aufschlägt. Dachrinne und Schornstein lösen sich ebenfalls auf. Herr Neumann, andere besorgte Bürger und die Stadtverwaltung haben den Landkreis Teltow-Fläming mehrmals über die Situation vor Ort informiert. Von der Unteren Bauaufsichtsbehörde gab es bislang keinerlei Reaktion. Bei der Neigung des Daches kann davon ausgegangen werden, dass herunterfallende Steine auch auf der Straße landen werden. Herr Neumann betont, dass hier unerklärlicher Weise mögliche Todesfälle in Kauf genommen werden.

**Herr Mann** ergänzt, dass die Stadtverwaltung den privaten Eigentümer mehrmals auf den Zustand aufmerksam gemacht hat. Dieser fühlt sich nicht zuständig. Auch die Untere Bauaufsichtsbehörde wurde gebeten, einzugreifen, da die Stadt keinen ordnungsrechtlichen Zwang auf den Eigentümer ausüben kann. Die Stadtverwaltung könnte lediglich den Gehweg sperren, um Unfälle zu vermeiden. Damit soll aber nicht suggeriert werden, dass die Gefahr beseitigt ist, die Stadt übernimmt keinerlei Gewähr. Im Schadensfall wäre der Eigentümer in der Verantwortung.

**Herr Neumann** befürchtet, dass es bei einer Sperrung des Geh- und Radweges zu weiteren Problemen kommen wird, da die Schulkinder die Straße queren und die Radfahrer die Fahrbahn nutzen müssten.

**Herr Nerlich** ergänzt, dass auch der Schornstein neben dem Einkaufsmarkt gegenüber und die Ruine Ecke Haag und Grabenstraße in einem schlechten Zustand sind.

Um 20:15 Uhr wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Herr Gruschka verlässt die Sitzung.

Jochen Neumann  
Vorsitzender

Sonja Dirauf  
Schriftführerin

13.10 24 31 00